

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Entwicklungsausschuss

2005/2061(INI)

2.9.2005

STELLUNGNAHME

des Entwicklungsausschusses

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zur sozialen Dimension der Globalisierung 2005/2061(INI)

Verfasserin der Stellungnahme: Marie-Hélène Aubert

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist der Auffassung, dass die kleinen und mittleren Unternehmen nicht von einer aktiven Teilhabe an der globalisierten Wirtschaft ferngehalten werden dürfen, und fordert deshalb, dass die Kommission Möglichkeiten vorsieht, die Bildung von Netzen dieser Art von Unternehmen zu fördern; fordert ferner, dass die Statuten der Europäischen Aktiengesellschaft und der Europäischen Genossenschaft so angepasst werden, dass auch diese Unternehmensformen gleichberechtigte Akteure in der globalisierten Wirtschaft werden;
2. fordert, dass soziale Rechte und der soziale Dialog, die Achtung der Menschenrechte und der Primat des Rechts, der Schutz der Rechte der Kinder und vor allem ihr Recht auf Bildung in den verschiedenen externen Programmen der EU größeren Raum einnehmen, damit der Demokratisierung und der Einführung des Rechtsstaats in den Entwicklungsländern, ohne die keine dauerhafte Entwicklung möglich ist (siehe Johannesburger Gipfel 2002) Vorrang eingeräumt wird;
3. ersucht die Europäische Union, konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut zu ergreifen, indem sie insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Handel eine sehr viel kohärentere Politik, verknüpft mit Schuldenerlass und Hilfe, verfolgt;
4. ist besorgt über die Abwanderung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern, insbesondere von Fachleuten im Gesundheitswesen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ethische Einstellungsverfahren anzunehmen, und die Kommission, einen Überblick über aktuelle Verfahren zu erstellen, so dass Mechanismen bewährter Verfahren eingeführt werden können;
5. stellt fest, dass die Landwirtschaft für die meisten Länder der südlichen Halbkugel nach wie vor den Stützpfeiler der Volkswirtschaften bildet, dass kleine und Familienbetriebe vom Agrobusiness an den Rand gedrängt werden, dass große Lebensmittelkonzerne ihre Kontrolle über den gesamten Markt verstärken, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder noch immer in ländlichen Gebieten lebt, dass diese Länder deshalb durch eine besondere und differenzierte Behandlung für die Entwicklungsländer nötigenfalls von der Liberalisierung des Handels bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgenommen werden und von der Abschaffung der europäischen Exportsubventionen optimal profitieren können müssen;
6. unterstreicht die Bedeutung des fairen Handels bei dem Bestreben, die Armut in ländlichen Gebieten zu beseitigen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, dem Ersuchen, den Herstellern von Erzeugnissen des fairen Handels und ihren Vertrieben in den EU-Ländern mehr technische und budgetäre Hilfe zukommen zu lassen, konkret nachzukommen;
7. ist der Auffassung, dass die soziale und ökologische Verantwortung der multinationalen

Konzerne, insbesondere der Unternehmen, die Naturschätze ausbeuten und damit handeln oder Erdöl- und Bergbauressourcen ausbeuten, klar festgelegt werden muss, und dass die EU in diesem Bereich stärker tätig werden muss; ist der Auffassung, dass eine konkrete Folgemaßnahmen zur Arbeit des Multi-Stakeholder-Forums über die soziale Verantwortung der Unternehmen seit langem überfällig sind, und fordert die Kommission auf, ihre Mitteilung Anfang Herbst zu veröffentlichen;

8. betont, dass das gegenwärtige Wirtschaftsmodell sehr eng mit den Erdölressourcen verknüpft ist, und unterstreicht, dass eine derartige Abhängigkeit verhängnisvolle Auswirkungen nicht nur hinsichtlich der Preisentwicklung durch Energieknappheit, sondern auch hinsichtlich der Konflikte und der politischen Instabilität der südlichen Erzeugerländer mit ihren schwerwiegenden sozialen Folgen haben kann.

VERFAHREN

Titel	Soziale Dimension der Globalisierung
Verfahrensnummer	2005/2061(INI)
Federführender Ausschuss	EMPL
Mitberatender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	DEVE 12.5.2005
Verstärkte Zusammenarbeit	Nein
Verfasserin der Stellungnahme Datum der Benennung	Marie-Hélène Aubert 24.5.2005
Prüfung im Ausschuss	13.7.2005 30.8.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	30.8.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Margrete Auken, Margrietus van den Berg, Danutė Budreikaitė, Marie-Arlette Carlotti, Thierry Cornillet, Nirj Deva, Alexandra Dobolyi, Fernando Fernández Martín, Michael Gahler, Filip Andrzej Kaczmarek, Glenys Kinnock, Ģirts Valdis Kristovskis, Maria Martens, Miguel Angel Martínez Martínez, Gay Mitchell, Luisa Morgantini, José Javier Pomés Ruiz, Toomas Savi, Pierre Schapira, Jürgen Schröder, Feleknas Uca, Paul Verges, Anna Záborská, Mauro Zani
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Marie-Hélène Aubert, John Bowis, Manolis Mavrommatis, Anne Van Lancker, Gabriele Zimmer
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Carl Schlyter, Åsa Westlund, Jürgen Zimmerling